

# Viel zu lange nichts passiert! Wir brauchen mehr Verbindlichkeit bei der Umsetzung von Nachhaltigkeit

von Marie-Luise Abshagen

Man hat es ja schon beinahe vergessen, nach den Krisen der internationalen Zusammenarbeit und des Multilateralismus der letzten Jahre. Aber vor wenigen Jahren ist der internationalen Staatengemeinschaft mit der Verabschiedung der Agenda 2030 und ihren Sustainable Development Goals (Ziele für Nachhaltige Entwicklung, SDGs) etwas Bemerkenswertes gelungen. Ein globaler Plan, der weitfassende und umfangreiche Politikempfehlungen gibt, um Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Frieden zu schaffen. Umso dringender stellt sich nun die Frage: Wie weit sind wir eigentlich mit deren Umsetzung gekommen?

2021 ist ein wichtiges Jahr für die Umsetzung der SDGs. Dieses Jahr beginnt die SDG-Aktionsdekade. In den letzten 10 Jahren bis zum Zieldatum der SDGs soll besonders energisch an ihrer Umsetzung gearbeitet werden. Keine leichte Aufgabe, stand die Weltgemeinschaft doch schon vor der Corona-Pandemie nicht gut dar mit ihren schwachen Bemühungen, die Ziele zu erreichen. Corona hat die Weltgemeinschaft zurückgeworfen: in der Bekämpfung von Armut und Hunger, ökonomischer Gerechtigkeit und Friedensschaffung. Die SDGs müssten jetzt mit „Turbogeschwindigkeit“ umgesetzt werden, sagte zuletzt UN-Generalsekretär Antonio Guterres zur Vollversammlung.<sup>1</sup>

## 2021 ist ein wichtiges Jahr für die SDG-Umsetzung in Deutschland

Für Deutschland ist 2021 ein wichtiges Jahr, natürlich allen voran wegen der Bundestagswahl im September. Doch auch die SDG-Umsetzung bekommt in diesem Jahr besondere Aufmerksamkeit. Im März erschien die überarbeitete Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie (DNS). Und auf deren Grundlage wird Deutschland am 15. Juli beim Hochrangigen politischen Forum für nachhaltige Entwicklung (High Level Political Forum on Sustainable Development, HLPF) mit dem Freiwilligen Staatenbericht (Voluntary National Review, VNR) seinen SDG-Umsetzungsfortschritt darlegen. Dies ist der zweite deutsche Bericht dieser Art, aber das erste Mal, bei dem substantielle Ergebnisse präsentiert werden sollen. Beim ersten deutschen VNR 2016 waren die SDGs noch nicht mal ein Jahr alt – die Bundesregierung stellte damals vor allem den Aufbau der deutschen Nachhaltigkeitsarchitektur in den Vordergrund.

Das HLPF ist die wichtigste SDG-Konferenz der UN. Mit ihm wurde 2014 ein internationales Gremium geschaffen, in dem die UN-Mitgliedsstaaten regelmäßig berichten sollen. Leider konnte das HLPF bisher die Erwartung nicht erfüllen. Selten legen Staaten eine wirklich kritische Analyse ihrer Umsetzungsdefizite vor, holen partnerschaftliche Beratung ein oder beenden aufgrund ihres VNRs gar weitreichend nicht nachhaltige Politiken. Die Wirkung des HLPF liegt somit nicht in der zweiwöchigen Konferenz selber, sondern in den Prozessen, die sich davor und danach in den Ländern

einstellen. So gibt es durchaus Beispiele, bei denen ein anstehender VNR dazu geführt hat, dass die gesamte Regierung das erste Mal gemeinsam über die SDGs diskutierte. Oder die Zivilgesellschaft aktiv in die Umsetzung einbezogen wurde. In Deutschland ist der diesjährige VNR eher schleppend angelaufen, auch weil die Überarbeitung der DNS erst direkt vor der VNR-Deadline fertiggestellt wurde und der VNR diese in großen Teilen nun vor allem zusammenfasst. Dabei ist genau das in der Theorie eigentlich der Idealzustand: Die Regierung erstellt oder überarbeitet eine Nachhaltigkeitsstrategie entlang der SDGs, bezieht regelmäßig alle Ressorts dazu ein und koordiniert den Prozess auf höchster Regierungsebene (in Deutschland durch das Kanzleramt) und stellt dies regelmäßig beim HLPF vor.

## Die Nachhaltigkeitsstrategie funktioniert nicht

Was aber, wenn die Strategie nicht funktioniert? Wenn sie die SDGs zwar nennt, aber keine politischen Veränderungen in deren Sinne herbeiführen kann? Denn so ist es leider in Deutschland. Nachhaltigkeitsstrategie hin oder her – der SDG-Umsetzung hat sie im Kern bisher wenig gebracht. Nicht nur richtet sich die Tagespolitik wenig nach ihren Forderungen, Analysen oder Ergebnissen oder Vorschlägen. Sie ist gleichzeitig auch zu unübersichtlich und unvollständig, um als nutzbare Strategie ihre Wirkung wirklich entfalten zu können. Für den deutschen VNR, der zum überwiegenden Teil eben genau diese DNS in Kurzform umfasst, bedeutet das nichts Gutes. Eine kritische Analyse der unwirksamen Strategie gibt es weder im schriftlichen Dokument, noch wird Deutschland darauf bei seinem mündlichen Bericht am 15.7. vor den anderen UN-Staaten eingehen.

## Das Landwirtschafts- und Ernährungsziel SDG 2 wird nicht ausreichend umgesetzt

Dabei gäbe es so viele Ansatzpunkte, die DNS bzw. die gesamte deutsche Nachhaltigkeitspolitik und Umsetzung der SDGs kritisch zu beleuchten. Blickt man beispielsweise in den VNR-Berichtsteil zu SDG 2 wird deutlich, wie wenig er an die Diskussion in der Gesellschaft, aber auch der Politik anknüpft. SDG 2 umfasst Ziele zur Bekämpfung von Hunger, der Sicherung einer qualitativ hochwertigen Ernährung und

<sup>1</sup> <https://mb.com.ph/2021/06/19/guterres-appointed-as-un-secretary-general-for-second-term>



damit verbunden der Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft.

Wie bei jedem anderen SDG wurden auch für SDG 2 in der DNS Indikatoren ausgewählt, die seine Umsetzung messen sollen. Von den 13 international verhandelten SDG-Indikatoren des SDG 2 wurden drei in die DNS und damit auch in den VNR übernommen: 2.2.2 Anteil der 3- bis 10- Jährigen und 11- bis 17-Jährigen mit Übergewicht und Adipositas; 2.4.1 Landwirtschaftliche Fläche unter produktiver und nachhaltiger Bewirtschaftung; 2.a.2 Öffentliche Geldströme für den Landwirtschaftssektor. Ergänzt wurde die DNS um den eigenen Indikator „Stickstoffüberschuss der Landwirtschaft“, der noch aus den vorherigen Versionen der Nachhaltigkeitsstrategie stammt.<sup>2</sup>

Die Umsetzungsbilanz sieht verhalten aus. Eindeutig ist das Nichterreichen des Indikators zum Stickstoffüberschuss. Der Wert stagniert und zeigt kaum Veränderung zu den Vorjahren. Eine Erreichung von 70 kg je Hektar bis 2030 wird auch in der DNS selber als nicht erreichbar eingestuft. Etwas komplizierter fällt die Bewertung des Indikators für den Ökologischen Landbau aus. Nicht nur gehen die Daten des Statistischen Bundesamtes (7,8% in 2019) und des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (9,7% in 2019) unerklärt auseinander. Auch der Zielwert hat sich verändert. Während beim VNR 2016 noch offiziell von der Zielmarke 20% bis 2020 gesprochen wurde, hat sich der Wert mit der Überarbeitung der DNS in den letzten Jahren einfach auf 2030 verschoben. Diese Änderung des Zieljahres ohne Anpassung der Zielmarke wurde von zivilgesellschaftlichen Organisationen deutlich kritisiert.

Der Anteil der Kinder und Jugendlichen mit Übergewicht und Adipositas ist in der DNS unter SDG 3 Gesundheit eingeordnet, bei den offiziellen SDG-Indikatoren findet er sich unter SDG 2. Der Wert ist im Vergleich zum Referenzzeitraum 2003-2006 unverändert (12,3% der 3- bis 10-Jährigen; 18,7% der 11- bis 17-Jährigen). Dem entsprechenden SDG-Unterziel liegt die wichtige Erkenntnis inne, dass es neben der globalen Hungerkrise auch die Über- und Fehlernährung gibt. Dies betrifft vor allem Menschen in Industrienationen und dort in vielen Fällen insbesondere einkommensschwächere Bevölkerungsgruppen. Die DNS schlüsselt allerdings nicht nach Einkommen auf. Eine Datendisaggregation, also die Aufschlüsselung von Daten nach Faktoren wie Geschlecht, Einkommen, etc., wäre an dieser Stelle sicherlich interessant. Gleichzeitig gibt es aber auch eine wachsende gesellschaftliche Diskussion darüber, inwiefern der Body-Mass-Index wirklich angemessen Auskunft über den Gesundheitszustand von Menschen gibt und inwiefern die Konzentration auf einen Norm-Körper zu Diskriminierungen führt. Wollte man Ernährung in Deutschland wirklich ernsthaft untersuchen, läge der Ansatz möglicherweise eher in der Frage der Fehlernährung oder Produktgesundheit, wie beispielsweise dem Zuckeranteil von Lebensmitteln respektive deren Konsums in unterschiedlichen sozialen Gruppen.

## Welchen Beitrag hat die DNS auf internationale Nachhaltigkeit?

Der letzte Indikator, den die Bundesregierung zur Bewertung ihrer Nachhaltigkeitspolitik im Bereich Agrar- und Ernährungspolitik gewählt hat, ist die Unterstützung guter Regierungsführung bei der Erreichung einer angemessenen Ernährung weltweit. Der Indikator misst den Anteil der ausgezahlten Mittel an den Gesamtausgaben für Ernährungssicherung, mit dem die Anwendung relevanter internationaler Normen und Empfehlungen zur Verwirklichung des Rechts auf Nahrung unterstützt wird. Entsprechende Zahlungen umfassten 2016 16,7% des Anteils an den Gesamtausgaben für Ernährungssicherung, 2018 waren es nach einer Neujustierung der Methodik 18,3% (2018 waren das Ausgaben i.H.v. 1.215 Millionen von insgesamt 25 Milliarden Euro Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance, ODA)). Ob diese Maßnahme aber zur Hungerbekämpfung weltweit ausreicht, ist fraglich. Denn seit Beginn der Corona-Pandemie hat sich auch die globale Hungerkrise verschärft. Schon im März 2020 warnte die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) vor einer Welternährungskrise in Folge der Corona-Pandemie. Zu deren Bekämpfung braucht es nicht nur neue Mittel, sondern auch eine andere, nachhaltige Herangehensweise an Krisen. Darüber hinaus wird in der DNS nicht genannt, welche Programme genau in die Finanzierung eingeschlossen sind. Sollten sie zum Beispiel Gelder für Allianz für eine Grüne Revolution (AGRA) umfassen, dürften die Auswirkungen auf Kleinbäuer\*innen eher Probleme verschärft haben. AGRA wurde 2006 gegründet, um der Hungerbekämpfung in Afrika mit ihrem konzerngetriebenen Ansatz der Grünen Revolution neue Impulse zu geben. Bis zum Jahr 2020 sollten landwirtschaftlichen Erträge und Einkommen von 30 Millionen kleinbäuerlichen Haushalten verdoppelt und damit sowohl Hunger als auch Armut in afrikanischen Schwerpunktländern halbiert werden. Wie eine Studie zahlreicher zivilgesellschaftlicher Organisationen aufdeckte, waren die Ertragssteigerungen für wichtige Grundnahrungsmittel in den Jahren vor AGRA genauso niedrig wie während AGRA. Statt den Hunger zu halbieren, habe sich seit dem Start von AGRA die Lage in den 13 Schwerpunktländern sogar verschlechtert. Die Zahl der hungernden Menschen sei in den AGRA-Jahren um 30 Prozent gestiegen.<sup>3</sup>

## SDG 2 ist so viel mehr als die Themen der Nachhaltigkeitsstrategie

Viele wichtige Aspekte der Agrar- und Ernährungspolitik finden sich in der DNS und dem VNR überhaupt nicht wieder. Dabei ist gerade die Nachhaltigkeit der Landwirtschaft eine der zentralen Fragen deutscher Politik. Zu nennen sind hier die Verhandlungen um die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), Höfesterben, Tierwohl und Insektenschutz und deren respektive Regierungsprogramme, aber auch Arbeitsbedingungen im Agrar- und Lebensmittelsektor insbesondere für Migrant\*innen.



Neben der **Schaffung progressiver deutscher GAP-Gesetze**, die bspw. die Einführung einer punktebasierten Gemeinwohlprämie umfassen, mit der das Fördersystem der GAP zukünftig komplett nach dem Prinzip „öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“ ausgerichtet werden kann, gibt es einige sehr konkrete Regulierungs-, Steuer- und Gesetzesansätze für mehr Umweltschutz. Darunter fallen **die strikte Regulierung der neuen Gentechniken** und ein **Moratorium auf die Freisetzung von Gene Drive Organismen**, die **bundesweite Festlegung von Gewässerrandstreifen**, die **Einführung einer Pestizidabgabe** und eine **Verordnung für einen Exportstopp verbotener Pestizide**, sowie die **Anpassung der Gesetzgebung zur Luftverschmutzung**. Auch ein **Gesetz zur Wiederherstellung geschädigter Ökosysteme** findet sich in der Broschüre, ebenso wie die **Forderung der Überarbeitung des Insektenschutzpakets**. Mit der **Reform des Seefischereigesetzes inklusive einer Ergänzung um ökologische und soziale Kriterien** greift die Broschüre notwendige Neuregelungen in der Fischerei in Nord- und Ostsee auf.



## Gesetze für Nachhaltigkeit von Expert\*innen erarbeitet

Klar ist: Für die Turbogeschwindigkeit einer SDG-Aktionsdekade muss jetzt endlich mehr passieren. Die nächste Regierung und der nächste Bundestag müssen sich deswegen deutlich konsequenter hinter die Umsetzung der SDGs stellen. Eine Möglichkeit dafür ist, die vielen wichtigen Politikempfehlungen der SDGs in konkrete legislative Prozesse zu überführen.

In einer im Juli 2021 veröffentlichten, umfangreichen Publikation hat das Forum Umwelt und Entwicklung genau das versucht. Für die „Gesetze für Nachhaltigkeit“<sup>4</sup> wurden über 100 Gesetzesvorschläge mit vielen Expert\*innen aus zivilgesellschaftlichen Organisationen erarbeitet. Geordnet entlang der SDGs ist damit eine Handreichung für die 20. Legislaturperiode entstanden, die Abgeordneten ganz konkrete Vorschläge für die quasi alle zentralen Politikbereiche gibt.

Für den Bereich der Agrar- und Ernährungspolitik wurden viele Vorschläge zusammengetragen. Diese umfassen bspw. eine **Reform der Bodenmarktpolitik u.a. durch Änderung der Grunderwerbssteuer** mit dem Ziel, die Ungleichbehandlung beim Kauf von Acker- und Grünland zu beenden, die aktuell zulasten von landwirtschaftlichen Betrieben und zu Gunsten von Investor\*innen mit Anteilskäufen liegt. Für mehr Tierwohl fordert die Publikation **die gesetzliche Umsetzung der Vorschläge der Borchert-Kommission für einen Umbau der Nutztierhaltung**. Das Multi-Stakeholder Kompetenznetzwerk Nutztierhaltung Borchert-Kommission wurde 2019 ins Leben gerufen und hat im Februar 2020 seine Empfehlungen für einen Umbau der Nutztierhaltung vorgestellt. Bundestag und Bundesrat haben der Umsetzung der Beschlüsse 2020 zugestimmt. Jetzt geht es darum, diese auch in Gesetze zu gießen.

## Verbindlichkeitsdekade jetzt!

Solange die Umsetzung der SDGs keine politische Priorität hat, kann die 2015 mit der Verabschiedung der Agenda 2030 versprochene Transformation unserer Welt niemals bewerkstelligt werden. Wir können nicht länger die unverbindlichen, unbestimmten, ignorierten, verpassten oder ständig revidierten Nachhaltigkeitskompromisse hinnehmen.

Ziel der Broschüre ist es deswegen auch zu verdeutlichen: Rechtliche Verbindlichkeit muss endlich auch Teil von Nachhaltigkeit sein. Denn der Gegenwind ist stark, insbesondere mit Blick auf die politischen Debatten der letzten Jahre in der EU und in Deutschland. Bürokratieabbau, Fitness-Checks, Deregulierung und „bessere Rechtsetzung“ werden spätestens seit der Wirtschafts- und Finanzkrise der EU als Mittel für Wachstumshilfen genutzt. Gesetzliche Einschränkungen für die Wirtschaft werden als „Freiheitsverbote“ abgelehnt. Um Umwelt- und Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit und faire Wettbewerbsbedingungen für nachhaltig agierende Akteure zum Beispiel in der Wirtschaft zu schaffen, braucht es aber Gesetze und Bürokratie, die Regulierung, Vollzug und Kontrolle ermöglichen. Nachhaltigkeit und die SDGs brauchen Regeln und keinen entfesselten Markt.

*Autorin: Marie-Luise Abshagen ist Leiterin der Nachhaltigkeitspolitik beim Forum Umwelt und Entwicklung.*



MELDUNGEN

**Der Welternährungsgipfel der Vereinten Nationen und seine nationalen Dialoge: Eine verpasste Chance!**

*Stellungnahme der AG Landwirtschaft & Ernährung im Forum Umwelt & Entwicklung zum UN FSS und dem nationalen Dialog*

Die multiplen Krisen unserer globalen Ernährungssysteme zeigen, dass eine globale Agrar- und Ernährungswende längst überfällig ist. Wir brauchen eine grundlegende Transformation hin zu nachhaltigen, demokratischen, gerechten und gesunden Ernährungssystemen. Der bevorstehende Welternährungsgipfel der Vereinten Nationen (UN Food Systems Summit, UN FSS) und der vorausgehende nationale Dialog der Bundesregierung könnten wesentliche Lösungsansätze liefern und umsetzen, was der Weltagrarbericht bereits vor mehr als zehn Jahren gefordert hat: „Business as usual“ ist keine Option. Doch statt diese Chance zu ergreifen, bewegt sich der Gipfel im „Weiter so“ und setzt stark auf Produktionssteigerungen und technologische Innovationen. Zusam-

men mit dem Weltwirtschaftsforum, aber die ohne Konsultation von UN-Mitgliedsstaaten, initiiert und als Multi-Stakeholder-Modell verpackt, laden die Vereinten Nationen gezielt Akteure aus der Privatwirtschaft an den Diskussionstisch. Dadurch wird der Multilateralismus der Vereinten Nationen und somit auch unsere demokratischen Werte wesentlich in Frage gestellt. Außerdem erweisen sich sowohl der Gipfel als auch der deutsche nationale Dialog in der Gestaltung und Ausrichtung bisher als intransparent und wenig inklusiv, weshalb Betroffenengruppen und kritische Stimmen aus der Zivilgesellschaft und Wissenschaft befürchten, die Ergebnisse des Gipfels könnten die katastrophalen Fehlstellungen unserer derzeitigen Ernährungssysteme wohl eher verstärken als lösen. Damit verpasst der Gipfel eine wichtige Chance.

Die vollständige Meldung finden Sie auf unserer Webseite:

[www.agrarkoordination.de](http://www.agrarkoordination.de)

**Klimawandel und Artenschutz: Erster gemeinsamer Bericht von Weltklimarat IPCC und Welt-Biodiversitätsrat IPBES**

Maßnahmen in den Bereichen Klima- und Artenschutz können sich gegenseitig verstärken. Der erste gemeinsame Weltkrisenreport will dazu anregen, solche Synergien besser zu nutzen. Experten aus beiden Bereichen sind sich einig: Die Zeit drängt.

Bisher spielt der Klimaschutz eindeutig die erste Geige. Und der Erhalt der Artenvielfalt eher eine Nebenrolle. Obwohl sie eng verwoben sind. Der gemeinsame Bericht der beiden Fachgremien soll einen stärkeren Anstoß dazu geben – und zu größeren Synergien zwischen Klima- und Biodiversitätsschutz führen.

Die Kernbotschaft ist aber eine längst bekannte: Vor allem sollten wir unseren Treibhausgas-Ausstoß endlich energisch reduzieren.

Einen umfassenden Bericht finden Sie auf der Webseite vom Deutschlandfunk:

[www.deutschlandfunk.de](http://www.deutschlandfunk.de)

**Liebe Leserinnen und Leser,**

Mit unserer neuen Broschüre zeigen wir, wie eine klimafreundliche und gesunde Ernährung aussehen kann und geben Anregungen, wie unsere Ernährungssysteme nachhaltiger gestaltet werden können.



Eine unausgewogene Ernährung ist weltweit eine der Hauptursachen für Krankheiten und Todesfälle. Um eine gesundheitsfördernde und zugleich umweltgerechte Ernährung für eine wachsende Weltbevölkerung zu sichern, ist eine grundlegende Veränderung unserer Ernährungsweise und der globalen Lebensmittelerzeugung nötig. Denn über unseren Nahrungs-

konsum haben wir nicht nur großen Einfluss auf unsere eigene Gesundheit, sondern auch auf den Schutz der Umwelt und des Klimas.

Die EAT-Lancet-Kommission hat mit der planetaren Gesundheitsdiät einen Speiseplan vorgestellt, der die Gesundheit des Menschen und des Planeten gleichermaßen schützen könnte. Die Wissenschaftler\*innen empfehlen:

**DEN KONSUM VON OBST UND GEMÜSE, HÜLSENFRÜCHTEN UND NÜSSEN UMGEFÄHR ZU VERDOPPELN, DEN VERZEHR VON FLEISCH UND ZUCKER DAGEGEN ZU HALBIEREN.**

Die Broschüre steht als PDF-Datei zum freien [Download](#) auf unserer Webseite zu Verfügung.

Wir wünschen eine anregende Lektüre und schöne Sommerzeit!

**Ihre Agrar Koordination**

**IMPRESSUM**

**Herausgeber:** Forum für internationale Agrarpolitik FIA e.V. (gemeinnützig). Spendenquittungen werden ausgestellt.

**Redaktion:** Agrar Koordination, Mireille Remesch, Nernstweg 32, 22765 Hamburg, Tel.: 040 39 25 26; Fax 040 399 00 629; [info@agrarkoordination.de](mailto:info@agrarkoordination.de), [www.agrarkoordination.de](http://www.agrarkoordination.de)

**Bankverbindung:** Forum für internationale Agrarpolitik (FIA) e.V., GLS Bank, IBAN: DE29 4306 0967 2029 5635

**Druck:** RESET ST. PAULI Druckerei, 100 % Recyclingpapier

Ab Januar 2021 gelten für das Abo des Agrar Info folgende Preise:  
Printausgabe: 14,80 € / Jahr • Mailausgabe: 10,80 € / Jahr

Wenn Sie von der Print- zur Mailausgabe wechseln möchten, schicken Sie uns eine Mail an: [bestellung@agrarkoordination.de](mailto:bestellung@agrarkoordination.de)

Diese Publikation wird unterstützt von:

